



Russland muss aus dem UNESCO-Welterbekomitee ausgeschlossen werden

Nach Odessa reichen starke Worte nicht mehr aus

World Heritage Watch erklärt:

Mit der gezielten Zerstörung historischer Gebäude, Museen und dem spirituellen Zentrum, der Hauptkirche der ukrainischen Kulturmetropole Odessa hat das barbarische, völkermordende russische Regime eine letzte Grenze überschritten und endgültig den Kreis der zivilisierten Welt verlassen.

Russland hat damit jegliche Berechtigung verwirkt, eine Rolle in internationalen Gremien zu spielen, die über den Schutz von Kulturgut berät oder entscheidet.

Russland hat nicht nur eindeutig gegen die internationale Konvention über den Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt von 1972 verstoßen (Art. 6.3 "Each State Party to this Convention undertakes not to take any deliberate measures which might damage directly or indirectly the cultural and natural heritage ... situated on the territory of other States Parties to this Convention."), sondern auch gegen die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgütern im Fall von Bewaffneten Konflikten von 1954 – der ersten Konvention der UNESCO, die von der Staatengemeinschaft als eine direkte Konsequenz aus den furchtbaren Zerstörungen und Plünderungen von Kulturgut im II. Weltkrieg gezogen wurde.

Wie kann es sein, dass ein solches Land trotzdem noch immer dem Welterbekomitee der UNESCO angehört?

Es kann keinen eklatanteren Grund für einen Ausschluss aus diesem Gremium geben als die mit der Absicht des Völkermordes begangene Zerstörung von Kulturerbe, das *per definitionem* das gemeinsame Erbe der Menschheit (Welterbe) ist. Es ist nun an der Zeit, dass die Menschheit insgesamt sich gegen diese Barbarei zur Wehr setzt. Worte, und seien sie noch so stark formuliert und von noch so hoher Warte vorgetragen, wirken peinlich und deplaziert, wenn ihnen nicht entschlossene Taten folgen.

Es ist undenkbar, dass Russland auf der im September in Riad, Saudi-Arabien, stattfindenden jährlichen Sitzung des UNESCO-Welterbekomitees über alle das Welterbe betreffenden Beschlüsse mit beraten und entscheiden darf – auch z.B. über das historische Zentrum von Lviv (Lemberg), die Sophienkathedrale und das Höhlenkloster von Kyiv und das historische Zentrum Odessa, das es soeben selbst zerstört hat.

Die Mitgliedstaaten des Welterbekomitees¹ sind aufgerufen, jetzt geopolitische Interessen und historisch begründete, aber obsolet gewordene Allianzen hinter sich zu lassen und sich auf die gemeinsame Verpflichtung zu besinnen, die sie gegenüber der Weltgemeinschaft

¹ Ägypten, Äthiopien, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Griechenland, Indien, Italien, Japan, Katar, Mali, Mexiko, Nigeria, Oman, Ruanda, Russland, Saudi-Arabien, St. Vincent und die Grenadinen, Sambia, Südafrika, Thailand

übernommen haben: das Kultur- und Naturerbe der Menschheit zu schützen. Nichts anderes kann die moralische und rechtliche Legitimation dieses Gremiums retten.

Wir fordern:

1. Die Präsidentschaft des Welterbekomitees (Saudi-Arabien) muss sofort eine außerordentliche Sitzung des Gremiums einberufen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt des Ausschlusses der Russischen Föderation aus dem Welterbekomitee (nach §34.1 der Geschäftsordnung: "The Committee shall adopt such decisions and recommendations as it may deem appropriate.")
2. Die anderen Mitgliedstaaten der Welterbekonvention, geführt von der Ukraine und einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, müssen alle ihnen zur Verfügung stehenden diplomatischen Kanäle und politischen Möglichkeiten nutzen, um die Mitglieder des Komitees dazu zu bewegen, für den Ausschluss der Russischen Föderation zu stimmen.
3. Das Welterbekomitee muss unverzüglich eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines lange überfälligen Sanktionsregimes gegen Verletzungen der Welterbekonvention beauftragen. Diese Sanktionen müssen auf objektiven, überprüfbaren Kriterien gründen (wie z.B. fortgesetzte Missachtung der Beschlüsse des Komitees oder der Richtlinien der Konvention) und müssen ohne weiteres in Kraft treten, sobald die Erfüllung dieser Kriterien festgestellt wurde.

Die Bundesregierung fordern wir darüber hinaus auf,

- ihre hinhaltende Politik in Bezug auf die ökonomische, politische und militärische Unterstützung der Ukraine endlich aufzugeben und damit auch den Verlust weiterer Kulturschätze zu verhindern;
- die Bedeutung der multilateralen Kulturpolitik für die globale Stabilität zu erkennen und im Auswärtigen Amt durch entsprechendes Fachpersonal und Ressourcen auf allen Hierarchieebenen des Ministeriums adäquat abzubilden;
- der internationalen Zivilgesellschaft durch finanzielle Unterstützung die Möglichkeit zu geben, sich gemeinsam mit ihren ukrainischen Partnern und der ukrainischen Regierungsdelegation für den Schutz der ukrainischen Welterbestätten und für eine effektivere Umsetzung der Welterbekonvention einzusetzen;
- endlich die seit Monaten versprochenen Mittel für die sichere Lagerung beweglicher ukrainischer Kulturgüter freizugeben.

Kontakt: Stephan Dömpke (0151) 1167-4691

Fotos von © Konstantin Liberov und Vlada Liberova can be downloaded from www.world-heritage-watch.org